



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 12. September 2017
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri

A 404 Anfrage Fanaj Ylfete und Mit. über Zwangsferien bei der Luzerner Polizei / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Die Anfrage A 404 wurde auf die September-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 85 zu 27 Stimmen zu. Ylfete Fanaj ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Ylfete Fanaj: Eine Bemerkung zur Vorbemerkung in der Antwort des Regierungsrates: Ja, wir haben diese Informationen anlässlich der Kommissionsitzungen erhalten, diese unterliegen aber dem Kommissionsgeheimnis. Die Bevölkerung hat aber ein Anrecht darauf zu erfahren, was die konkreten Auswirkungen der Kürzungen bei der Polizei bedeuten. Es ist eigentlich schön, wenn die Polizei Überzeit abbauen kann. Aber 28 000 Stunden weniger zu arbeiten bedeutet Polizeiposten, die am Wochenende geschlossen bleiben und am Montag mit Anfragen überrannt werden, kürzere Öffnungszeiten, weniger präventive Präsenz in ländlichen Gemeinden, weniger Schulwegüberwachungen bei Kindern und über 500 Einsätze, zu denen die Polizei nicht ausrücken konnte – das alles in nur zwei Monaten. Die Polizei, die den Auftrag hat, für Sicherheit und Ordnung zu sorgen, muss in die Zwangsferien. Es ist schlicht bedenklich, wenn die Polizei potenzielle Kriminelle gewähren lässt. Dank dem vermeintlichen Aufwind des Finanzdirektors darf die Polizei zuhause bleiben. Das gilt nur für das Jahr 2017. Ich mache all diejenigen, die bei der Polizei nicht weiter sparen wollen, darauf aufmerksam, dass bei der Polizei gemäss Liste der Regierung im Budget 2018 ein weiterer Abbau von 1,3 Millionen Franken geplant ist.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Ich bin froh, dass die Anfragende darauf hingewiesen hat, dass wir anlässlich der Kommissionssitzungen intensiv über dieses Thema diskutiert haben. Ein Abbau von 28 000 Stunden ist nicht möglich, ohne dass einige Leistungen der Polizei merkbar zurückgehen. Nun ist es für das Budget 2018 und den Finanzplan wichtig, die richtigen Entscheide zu treffen und uns nicht nur über das Globalbudget, sondern auch über die Indikatoren präventive Stunden und Interventionszeiten intensiv zu unterhalten.